






Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

Berlin, 18.02.05

Sieben Millionen für A-23-Lärmschutz in Rellingen geplant

Die Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der A23, Autoport Nord bis Eidelstedt, lässt sich der Bund einiges kosten. Wie der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete, Dr. Ernst Dieter Rossmann, von dem Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr in Itzehoe erfahren hat, werden die Gesamtkosten auf ca. 7 Mio. € veranschlagt. Der Neubau von Lärmschutzwänden innerhalb der Anschlussstelle Halstenbek-Krupunder und der passive Lärmschutz an Wohngebäuden sollen dabei mit 0,7 Mio. € bzw. 2,2 Mio. € für die passiven Schallschutzmaßnahmen zu Buche schlagen. Für den vorgesehenen Einbau eines offenporigen Asphalts mit einem Korrekturwert von Minus 5 dB (A) auf dem gesamten Streckenabschnitt von rund 3,6 km beläuft sich auf

geschätzte 4 Mio. €. Zum Zeitablauf hat das Straßenbauamt dem Abgeordneten mitgeteilt, dass die Erneuerung, d. h., erstmaliger Einbau der so genannten Flüsterasphalt-Decke erst nach Erstellung der geplanten aktiven Lärmschutzanlage unter der Durchführung der passiven Maßnahmen vorgenommen werden soll. Die Leitung des Landesbetriebs Straßenbau und Verkehr hat den Abgeordneten darauf hingewiesen, dass der Einbau einer OPA-Decke nur bei erheblicher Lärmbetroffenheit in Frage kommt und eine Überlegung aller maßgebenden Umstände des Einzelfalls erfordert. Der Bundestagsabgeordnete war von Bürgern angesprochen worden, die angesichts der um 75 % verminderten Lärmbelastung durch den Flüsterasphalt noch gerne eine weitere Verlängerung der geplanten Maßnahmen gesehen hätten. Rossmann: „Jetzt muss erst einmal erreicht werden, dass diese Maßnahme nach der Fußballweltmeisterschaft 2006 auch wirklich in die Tat umgesetzt wird. 7 Mio. € ist eine Menge Geld, das der Bund hierfür bereitstellen muss. Bevor weitere Wünsche eine Chance haben, müssen diese Maßnahmen erst einmal abgearbeitet werden.“